

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/19/2012

**über die öffentliche Sitzung
des Bau- und Planungsausschusses am 19.12.2012,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:27 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Uwe Graßau

Herr Rolf Griesenberg

Herr Rafael Haase

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Tobias Koch

Frau Monja Löwer

Frau Susanne Philipp-Richter

Herr Michael Stukenberg

ab 19:07 Uhr, TOP 2

ab 19:05 Uhr, TOP 2

i. V. f. StV Behr

i. V. f. StV Bellizzi/beratend

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hinrich Schmick

Herr Wolfgang König

Herr Siegfried Lorenz

ab 19:05 Uhr, TOP 2

Seniorenbeirat, öffentlicher Teil

Sonstige, Gäste

Herr Matthias Bernhard

SIG Holstein, Bad Oldesloe,
zu TOP 6

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Frau Angelika Andres

Frau Stefanie Mellinger

Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Herr Heino Wriggers

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 18/2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Masterplan Verkehr - gesamtstädtisches Verkehrskonzept - Beschluss **2012/126**
- 5.1 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Umgestaltung Maßnahmenübersicht **AN/080/2012**
- 5.2 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Neugestaltung Rathausplatz **AN/078/2012**
- 5.3 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Umsetzung S4 **AN/081/2012**
- 5.4 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Maßnahmenkatalog zur Vorlage Nr. 2012/126 **AN/084/2012**
- 5.5 Antrag der WAB-Fraktion f.d. BPA Masterplan Verkehr Planung bzw. Realisierung einer Südumfahrung Ahrensburgs **AN/092/2012**
- 5.6 Antrag der WAB-Fraktion - Masterplan Verkehr Beschlussvorlage 2012/126 Anlage 4 Abs. "Straßenverkehr" neuen Pkt. aufnehmen **AN/093/2012**
- 5.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen f.d. BPA - Maßnahmenübersicht zum Masterplan Verkehr Ahrensburg 2012 **AN/094/2012**
- 5.8 Antrag der CDU-Fraktion zum Masterplan Verkehr **AN/095/2012**
- 5.9 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Änderung der auf Seite 91 dargestellten Prioritäten für die Aufwertung und Erweiterung der Aufenthaltsbereiche **AN/079/2012**
- 5.10 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Ergänzung des Teil 3, Seite 32, um eine weitere Grafik zur erwarteten Verkehrsbelegungen im Bereich des Schlosses ohne Verkehrsberuhigung der B 75 **AN/082/2012**
- 5.11 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - familia-Trasse für die Nordtangente **AN/083/2012**

- 5.12 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Ergänzung der Vorlage Nr. 2012/126 um einen weiteren Punkt **AN/085/2012**
- 5.13 Antrag der FDP-Fraktion f.d. BPA - Masterplan Verkehr Änderungsantrag zur Beschlussvorlagen 2012/126 "Masterplan Verkehr" **AN/087/2012**
6. Bauvorhaben Manhagener Allee 54/56 - ehemalige Klinik Ahrensburg
- Erörterung des Verfahrensstandes mit dem potentiellen Investor
7. Kenntnisnahmen
- 7.1 S4-Projekt/Anregungen zur Vorentwurfsplanung der östlichen S-Bahn-Linie
- 7.2 Beantwortung der Einwohnerfrage des Herrn Peter Elmers zum Busfahrplan im Gewerbegebiet
8. Verschiedenes
- 8.1 Defekte Parkscheinautomaten
- 8.2 Letzte Sitzung im Jahr 2012
- 8.3 Winterdienst auf dem Geh- und Radweg zwischen Ahrensburg und Delingsdorf

1. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 06.12.2012 vorgeschlagene Tagesordnung.

Im Laufe der Sitzung wird auf Vorschlag der Verwaltung die Tagesordnung um den neuen TOP 10 „Haushaltsplan 2013“ ergänzt, um die Ausgangslage zur Realisierung der Nordtangente im nicht öffentlichen Teil schildern zu können.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den TOPs 9 und 10 abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich wird der gesamten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2. Einwohnerfragestunde

Die Anregung des **Herrn Peter Elmers** ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Jürgen Siemers bezieht sich auf TOP 13 der BPA-Sitzung am 05.12.2012 und die der Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2012 vorgelegte rechtliche Stellungnahme zur Frage, ob eine 2. öffentliche Auslegung rechtlich zwingend erforderlich ist. Nachdem vonseiten der Verwaltung klar gestellt worden ist, dass die Stellungnahme von einer Rechtsanwaltskanzlei im Auftrag von Grundeigentümern im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 92 „Erlenhof-Süd“ erstellt worden ist kommt man überein, diese Stellungnahme sowie die dazugehörige Erklärung des städtischen Bauamtes dem Protokoll als Anlage beizufügen (**vgl. Anlage 2**).

Ein Einwohner bezieht sich auf den Maßnahmenkatalog zum Masterplan Verkehr (vgl. Anlage 4 der Vorlagen-Nr. 2012/126) und hinterfragt, ob und inwiefern die Prioritätensetzung 1 bis 4 - insbesondere zeitlich - definiert sind.

Herr Eikehard Knoll nimmt Bezug auf die von der Interessengemeinschaft Ahrensfelde und der Bürgergemeinschaft Am Hagen e. V. in der Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2012 übergebene Resolution mit der Unterschriftensammlung. Anhand der als **Anlage 3** beigefügten Tabelle zur „Resolution gegen eine Brücke am BÜ Brauner Hirsch und für eine Südtangente“ wird eine erste Auswertung vorgenommen, wobei ergänzend mitgeteilt wird, dass die Namensliste der Unterstützer weder die Unterschrift umfasste, noch überprüft worden ist, die in der örtlichen Presse genannte Zahl von 814 Unterstützern durch den Ausgleich von Doppelnennungen und den nachträglichen Eingang von Unterstützern jedoch weiterhin angenommen werden kann.

Anschließend entschuldigt sich dieser Einwohner für seine Wortbeiträge in den letzten BPA-Sitzungen, die offensichtlich wohl nicht immer den rechtlichen und in Ahrensburg praktizierten Regeln für die Einwohnerfragestunde entsprochen haben.

Frau Lang erinnert an ihre Anregungen in den BPA-Sitzungen am 21.03. und 24.10.2012 und bedankt sich bei der Verwaltung, das sie inzwischen erfolgreich tätig geworden ist bei der Forderung, dass Hinweisschild der Firma Dehner an der Einmündung der Straße Brauner Hirsch in die Hamburger Straße/B 75 entfernen zu lassen. Des Weiteren bezieht sie sich auf die Resolution für eine Südtangente und hinterfragt, ob die Gegner nicht eventuell sinnvollerweise auch eine Unterschriftenliste beibringen sollten. Die Bürgergemeinschaft Am Hagen e. V. habe in ihrer letzten Sitzung lediglich mehrheitlich beschlossen, die Verkehrsberuhigung im Straßenzug Brauner Hirsch zu fordern. Auf Nachfrage bestätigt der Ausschussvorsitzende, dass diese verkehrsberuhigenden Maßnahmen bei mehreren Fraktionen eine hohe Priorität besitzen.

Auf Nachfrage des **Herrn Werner Haering** bestätigt der Ausschussvorsitzende, dass man sich bei der Bewertung des Entwurfes zum Masterplan Verkehr lediglich auf die rechnerisch ermittelten Verkehrsbelastungen bezieht und nicht anfängt, private Zählungen von Verkehrsteilnehmern entgegenzunehmen und bei Bedarf noch aufwendig zu überprüfen.

Herr Andreas Lang hinterfragt einerseits das Zustandekommen der sogenannten Unterschriftenliste bei der Resolution für die Südtangente und analysiert anhand der im Entwurf des Masterplanes Verkehr genannten Verkehrsanalysen den geringen Anteil des Durchgangsverkehrs im Straßenzug Brauner Hirsch/Dorfstraße. Seine Frage, ob die prognostizierte Verkehrsbelastung auf der Südumfahrung ausreichen, um eine derartige Straßentrasse realistisch verwirklichen zu können, soll von der Verwaltung schriftlich beantwortet werden.

Anschließend wird die Einwohnerfragestunde geschlossen.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 18/2012

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffenen Entscheidungen am 05.12.2012 betreffen

- a) den Schuldübernahmevertrag, den die Stadt Ahrensburg mit den beiden großen Vorhabenträgern im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 92 „Erlenhof-Süd“ ausgehandelt hat; der Ausschuss hat der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich empfohlen, dem Vertrag zuzustimmen

und

- b) die Entscheidung über die Erweiterung eines Eispavillons auf dem Grundstück Hagener Allee 7, wobei

- dem Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 26

und

- der Einschränkung der vorhandenen Baulast um die Fläche der Neubebauung vorbehaltlich einer noch herbeizuführenden privatrechtlichen Einigung

zugestimmt wurde.

- 5. Masterplan Verkehr - gesamtstädtisches Verkehrskonzept
- Beschluss**
- 5.1 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Um- AN/080/2012
gestaltung Maßnahmenübersicht**
- 5.2 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Neu- AN/078/2012
gestaltung Rathausplatz**
- 5.3 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Um- AN/081/2012
setzung S4**
- 5.4 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Maß- AN/084/2012
nahmenkatalog zur Vorlage Nr. 2012/126**
- 5.5 Antrag der WAB-Fraktion f.d. BPA Masterplan Verkehr AN/092/2012
Planung bzw. Realisierung einer Südumfahrung Ahrens-
burgs**
- 5.6 Antrag der WAB-Fraktion - Masterplan Verkehr AN/093/2012
Beschlussvorlage 2012/126 Anlage 4 Abs. "Straßenver-
kehr" neuen Pkt. aufnehmen**
- 5.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen f.d. BPA - AN/094/2012
Maßnahmenübersicht zum Masterplan Verkehr Ahrens-
burg 2012**

- 5.8 Antrag der CDU-Fraktion zum Masterplan Verkehr AN/095/2012
- 5.9 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Änderung der auf Seite 91 dargestellten Prioritäten für die Aufwertung und Erweiterung der Aufenthaltsbereiche AN/079/2012
- 5.10 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Ergänzung des Teil 3, Seite 32, um eine weitere Grafik zur erwarteten Verkehrsbelegungen im Bereich des Schlosses ohne Verkehrsberuhigung der B 75 AN/082/2012
- 5.11 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - familia- Trasse für die Nordtangente AN/083/2012
- 5.12 Antrag der WAB-Fraktion zum Masterplan Verkehr - Ergänzung der Vorlage Nr. 2012/126 um einen weiteren Punkt AN/085/2012
- 5.13 Antrag der FDP-Fraktion f.d. BPA - Masterplan Verkehr Änderungsantrag zur Beschlussvorlagen 2012/126 "Masterplan Verkehr" AN/087/2012

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, sich zunächst nur mit den Änderungsanträgen zu befassen. Im Laufe der Sitzung wird per Tischvorlage verteilt die diesem Protokoll als **Anlage** beigefügte Tabelle mit der Maßnahmenübersicht zum Masterplan Verkehr, der die Intension der einzelnen Fraktionen zu den Einzelprojekten mit umfasst.

Im Anschluss konzentriert sich die Diskussion auf den Antrag AN/080/2012 und die hier formulierte Forderung, die als Anlage 4 der Vorlagen Nr. 2012/126 beigefügte Maßnahmenübersicht grundsätzlich zu überarbeiten. In der Diskussion wird klar, dass die Kostenschätzung – bezogen auf die Einzelprojekte – nur mit einem hohen Aufwand und in großer Ungenauigkeit verbunden wäre, so wie etwa der Zeitrahmen für die Realisierung stark abhängig wäre von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. Hierauf aufbauend folgt eine grundsätzliche Beratung über den Sinn und die Ziele des Masterplans Verkehr.

Hierbei stellt man fest, dass der Stadtverordnetenbeschluss zum Masterplan Verkehr lediglich die Grundlage dafür bieten soll, welche auf den Zeithorizont von 15 Jahren gesehen realisierbaren Maßnahmen im Flächennutzungsplan und daraufhin in den Bebauungsplänen etwa durch Freihaltung von Straßen-/Verkehrstrassen berücksichtigt werden. Die Priorität hingegen sei politisches Tagesgeschäft und müsste unter Beachtung der finanziellen Rahmenbedingungen wesentlich kurzfristiger – etwa jährlich im Zuge der Haushaltssatzung – überprüft und angepasst werden. Von daher sollten diese Prioritäten unabhängig vom Beschluss zum Masterplan Verkehr behandelt werden. Sie werden jedoch als interne Handlungsanweisung für die Verwaltung benötigt.

Nachdem auf die Unterteilung der Maßnahmenbereiche in Anlage 4 der Vorlagen Nr. 2012/126 hingewiesen worden ist, ziehen die Vertreter der WAB-Fraktion ihren Antrag AN/080/2012 zurück.

Zwischenzeitlich stimmt der BPA über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ab entsprechend der Darstellung in der anliegenden Tabelle, die Maßnahme „1.1 Unterhaltung/Instandhaltung Radverkehrsanlagen“ mit der Priorität 1 einzustufen. Nachdem diese bei einem Stimmenverhältnis von 3 dafür, 3 dagegen und 2 Enthaltungen abgelehnt worden ist, bemängeln Ausschussmitglieder, dass

- a. die Tabelle nicht alle Vorstellungen/Anträge der Fraktionen beinhaltet und richtig wiedergibt sowie
- b. Interpretationsbedarf besteht, etwa was unter „laufend“ und der Priorität 1 zu verstehen ist.

Man kommt überein, diese Form der Abstimmung heute nicht durchzuführen.

Letztlich stellt man fest, dass sich das Diskussionsergebnis widerspiegelt im Antrag AN/087/2012 der FDP-Fraktion, wenn man Nr. 3 des dort vorgeschlagenen Beschlusses zunächst unberücksichtigt lässt. Dementsprechend wird über den Antrag abgestimmt mit der Folge, dass der modifizierte Beschlussvorschlag nunmehr lautet:

1. Der 1. Teil „Verkehrserhebungen“ (Anlage 1) und 2. Teil „Rahmenbedingungen/Standortbestimmung“ (Anlage 2) des Masterplans Verkehr werden zur Kenntnis genommen.
2. Der 3. Teil „Leitbild, Konzeptionen, Gesamtkonzept“ des Masterplans Verkehr (Anlage 3) wird als gesamtstädtisches Rahmen-Verkehrskonzept beschlossen. Alle Umsetzungs- bzw. Änderungsmaßnahmen regelt die Stadtverordnetenversammlung durch Beschlüsse in Form von regelmäßig der Entwicklung der Stadt anzupassenden Maßnahmenkatalogen zum Masterplan Verkehr.

3. Die Öffentlichkeit wird in Form einer Informationsveranstaltung über die Inhalte des Masterplans Verkehr unterrichtet.
4. Der Beschluss über den Masterplan Verkehr wird öffentlich bekannt gemacht.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Der BPA bittet die Verwaltung daraufhin, möglichst zur Ausschusssitzung am 16.01.2013 die „Maßnahmenübersicht zum Masterplan Verkehr Ahrensburg 2012“ bzw. die Anlage 4 zur ursprünglichen Vorlage neu zu fassen, indem die Spalte mit der Priorität hier ersatzlos entfällt; ergänzend sollte verwiesen werden auf die die einzelnen Projekte betreffenden Änderungs- und Ergänzungsanträge.

Darüber hinaus sollte später ein Meinungsbild von den in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen eingeholt werden hinsichtlich der Prioritäten und Zeitvorstellungen bei der Umsetzung.

Bei diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich das Ausschussmitglied Griesenberg gemäß § 22 GO für befangen und verlässt für den Zeitraum der Beratung das Sitzungszimmer.

**6. Bauvorhaben Manhagener Allee 54/56 - ehemalige Klinik Ahrensburg
- Erörterung des Verfahrensstandes mit dem potentiellen Investor**

Eingangs wird erinnert an die Vorlagen Nr. 2012/136, die im nicht öffentlichen Teil der BPA-Sitzung am 14.11.2012 (vgl. Protokoll-Nr. 16/2012; TOP 14) abschließend behandelt worden ist sowie die Vorberatung in der BPA-Sitzung am 05.12.2012 (vgl. Protokoll Nr. 18/2012; TOP 19.2).

Daraufhin schildert der Geschäftsführer der SIG Holstein, Herr Matthias Bernhard, anhand des in Auszügen diesem Protokoll beigefügten Folienvortrages (**Anlage**) die Ausgangslage aus seiner Sicht. Gewünscht werde ein partnerschaftliches Vorgehen, wobei man sich hoffentlich einig sei in dem Ziel, die Grundstücke einer wohnungswirtschaftlichen Verwendung zuzuführen. Bisher sei er davon ausgegangen, dass eine Genehmigung auf Basis des § 34 Abs. 1 BauGB nach dem Einfügungstatbestand ermöglicht werde, stattdessen sei ihm sogar trotz der mit hohem Aufwand erstellten Gutachten, die seines Erachtens eindeutige Ergebnisse zugunsten eines kompletten Neubaus beinhalten, der Abriss der alten Bausubstanz abgelehnt worden. Herr Bernhard verdeutlicht die stark mangelhafte und bei Bedarf gemeinsam zu besichtigende Bausubstanz, die für eine Wohnnutzung ungünstigen Aufbauten und Grundrisse sowie die Möglichkeit, im Rahmen eines Neubaus ausreichende Tiefgaragenstellplätze herzustellen und einen grünen Innenhof zu schaffen.

Anschließend betont die Verwaltung, dass man die zukünftig bauliche Nutzung des Grundstückes zwar zügig, aber auch mit der gebotenen Sorgfalt und Intensität beurteilen und bewerten sollte. Beide Gebäude auf dem Grundstück Manhagener Allee 54 und 56 sind nach der Erhaltungs- und Gestaltungssatzung geschützt und haben eine hohe Bedeutung für das Stadtbild. Die Einbindung der Selbstverwaltung sei geboten und notwendig gewesen, die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes könnte zudem gegenüber der Lösung über den Einfügungstatbestand (§ 34 BauGB) wirtschaftliche Vorteile für den Vorhabenträger mit sich bringen. Zudem habe man rechtzeitig in diversen Gesprächen auf diese städtebaulichen Ziele hingewiesen.

In der weiteren Beratung wird grundsätzlich festgestellt, nicht die Vergangenheit aufzuarbeiten, sondern die weiteren künftigen Schritte eng miteinander abzustimmen. Ferner wird festgestellt, dass sowohl innerhalb der Verwaltung als auch im BPA Konsens darüber besteht, das Verfahren eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Der einvernehmliche politische Wille ist, das historische Straßenbild im Sinne der Erhaltungs- und Gestaltungssatzung beizubehalten, wobei gute und schlechte Beispiele für entsprechende Neubauten aus der Bismarckallee und der Manhagener Allee genannt werden. Gefordert sei eine qualifizierte Architektur unter Beibehaltung des so genannten asymmetrischen Giebel-Traufen-Typs. Für zweckmäßig wird es angesehen, zumindest zwei Grundvarianten zu entwerfen, die einerseits die Idee abdecken eines Erhalts einschließlich der Herausarbeitung der historischen Fassade und andererseits den Entwurf eines den städtebaulichen Zielen entsprechenden Neubaus mit entsprechender Fassadengestaltung zur Manhagener Allee beinhaltet

Die Verwaltung wird gebeten, in enger Abstimmung mit der SIG Holstein die verschiedenen Verfahren und rechtlichen Schritte abzustimmen und einen entsprechenden Zeitplan zu entwerfen.

7. Kenntnisnahmen

7.1 S4-Projekt/Anregungen zur Vorentwurfsplanung der östlichen S-Bahn-Linie

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Beratungen in den BPA-Sitzungen am

- 24.10.2012 (Protokoll Nr. 14/2012; TOP 6.1)
- 07.11.2012 (Protokoll Nr. 15/2012; TOP 6) und
- 21.11.2012 (Protokoll Nr. 17/2012; TOP 6)

und gibt das über das

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und
Technologie des Landes Schleswig-Holstein
(MWAVT)/Referat Öffentlicher Personennahver-
kehr, Eisenbahnen – VII 451

an die

LVS Schleswig-Holstein
Landesweite Verkehrsserviceges. mbH
Bereich Infrastruktur

gesandte Schreiben vom 10.12.2012 mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Zwischenbericht über die „Vorentwurfsplanung für die östliche S-Bahn-Linie des S4-Projektes“ wurde von der LVS dankenswerter Weise in der BPA/UmwA-Sitzung am 26.09.2012 (vgl. TOP 4 des Protokolls Nr. 13/2012) vorgetragen. Darüber hinaus haben wir das Gesamtprojekt und den aktualisierten Planungsstand in der Einwohnerversammlung am 29.11.2012 einer breiten Öffentlichkeit präsentieren dürfen. Die Vorzugsvariante wird in den kommenden Monaten weiter untersucht und optimiert.

In der Aufarbeitung des Themas haben die städtischen Gremien Wünsche geäußert in der Hoffnung, dass diese Anregungen noch mit in der Vorentwurfsplanung beachtet werden können.

Die so festgehaltenen Wünsche lassen sich wie folgt strukturieren:

1. Halt am U-Bahnhof Ahrensburg West

Trotz des geringen Abstandes zwischen dem Bahnhof Ahrensburg und dem möglichen Halt auf Höhe des U-Bahnhofes Ahrensburg-West begrüßt die Stadt Ahrensburg die zugesagte nähere Untersuchung dieses neuen Haltepunktes, um einen Umstieg auf die U 1 und deren anderen Fahrweg in Richtung Hauptbahnhof zu ermöglichen. Wie anhand der bisherigen Planungen im Abschnitt Wandsbek verdeutlicht wird, sind vor dem Hintergrund der durch die S-Bahn-Technik ermöglichten Beschleunigung auch geringe Haltestellenabstände realisierbar.

2. Alternativ zu Nr. 1: Halt auf Höhe der Siedlung Am Hagen

Insbesondere für den Fall, dass der Übergang am U-Bahnhof - evtl. auch wegen der von Ihnen angedeuteten Kosten - verworfen werden muss, bitte ich wegen der Siedlungsstruktur Ahrensburgs auch einen möglichen Halt der S4 auf Höhe der Siedlung Am Hagen näher zu untersuchen. Zur Verdeutlichung sei hier angemerkt, dass von dort eine ÖPNV-Anbindung nach Hamburg derzeit nur über den Linienbus 269 und den U-Bahnhof Ahrensburg Ost angeboten wird und insofern viele potentielle Kunden die Fahrt mit dem Kfz beginnen, etwa zum Volkssdorfer U-Bahnhof.

3. Kreuzungsbauwerk Brauner Hirsch

Ich bitte darum, den Beschluss des Ahrensburger Bau- und Planungsausschusses vom 16.11.2011 zu beachten, der wie folgt lautet:

Für den Planungsfall „Aufhebung des Bahnüberganges Brauner Hirsch und Ersatz durch ein höhenfreies Kreuzungsbauwerk“ ist das Kreuzungsbauwerk in der Weise zu positionieren, dass der Anschluss einer Südtangente abgehend von der Einmündung der Eulenkrugstraße auf die B 75 möglich wird.

Wie bereits in anderem Zusammenhang berichtet, befindet sich die Stadt Ahrensburg derzeit in den abschließenden Beratungen zum Masterplan Verkehr, aus denen heraus ich in Kürze eine Konkretisierung erwarte.

4. Lärmschutz

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt wird der grundsätzliche Wunsch geäußert, bei den durch die S4 erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen nicht auf 4 m hohe Wände zurückzugreifen, sondern Alternativen zu überprüfen. Hierzu zählt etwa der Einbau von niedrigen gleisbezogenen Lärmschutzeinrichtung, die auch einen entsprechend angepassten Gleisabstand bedingen.

5. Gestaltung der Auetal-Querung

Die Bahnstrecke Hamburg-Lübeck quert das Auetal in Ahrensburg. Anders als wahrscheinlich im Zuge der Straßenbaumaßnahme des Ostrings in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts geplant, sollte die um das S-Bahngleis verbreiterte Trasse dazu genutzt werden, bei der Gestaltung dieser Querung den Talraum zu berücksichtigen, indem auch aus städtebaulichen Gesichtspunkten der Erdwall zugunsten einer transparenten Lösung reduziert wird.

Des Weiteren erlaube ich mir, etwaige Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern direkt an die LVS weiterzuleiten.“

Der BPA nimmt Kenntnis.

7.2 Beantwortung der Einwohnerfrage des Herrn Peter Elmers zum Busfahrplan im Gewerbegebiet

Die Verwaltung bezieht sich auf die in der BPA-Sitzung am 05.12.2012 gestellte Einwohnerfrage des Herrn Peter Elmers, die durch das dem Protokoll als **Anlage** beigefügte Schreiben vom heutigen Datum beantwortet worden ist.

8. Verschiedenes

8.1 Defekte Parkscheinautomaten

Wie die Ausschussmitglieder bemerken, ist kürzlich ein Parkscheinautomat auf dem Langzeitparkplatz Alte Reitbahn ausgefallen, ein weiterer auf dem Rathausplatz sei schon seit mehreren Tagen defekt. Es wird um zeitnahe Reparatur gebeten.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Parkscheinautomat auf dem Rathausplatz konnte noch im Laufe des 19.12.2012 repariert werden, der Auftrag zur Wartung/Instandsetzung des PSA auf der Alten Reitbahn ist an das Vertragsunternehmen versandt worden.

8.2 Letzte Sitzung im Jahr 2012

Der Vorsitzende erinnert daran, dass die heutige Sitzung des Bau- und Planungsausschusses die 19. und letzte Sitzung im ablaufenden Jahr 2012 ist und bedankt sich sowohl mit einem Präsent bei der Verwaltung als auch bei den Ausschussmitgliedern und regelmäßigen Teilnehmern der Sitzung für die konstruktive Zusammenarbeit.

Anschließend schließt er den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:27 Uhr.

8.3 Winterdienst auf dem Geh- und Radweg zwischen Ahrensburg und Delingsdorf

Ein Ausschussmitglied verweist auf die unterschiedliche Qualität des Winterdienstes beim Geh- und Radweg entlang der B 75 zwischen dem Ortsausgang Ahrensburg und dem Ortseingang Delingsdorf: Während diese Verkehrsanlage bis zur Einmündung des Kremerbergweges in ausreichendem Umfang von Schnee befreit wurde, war der Winterdienst in dem weiteren Abschnitt Richtung Delingsdorf mangelhaft.

Wie die Verwaltung daraufhin betont, dürfte die Zuständigkeit des Räum- und Streudienstes beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein und konkret bei der Straßenmeisterei Bargteheide liegen; die Verwaltung sagt zu, Gründe für die unterschiedliche Leistungserbringung auf den beiden Straßenabschnitten in Erfahrung zu bringen.

Anmerkung der Verwaltung:

Während die Zuständigkeit, wie beschrieben, bei der Straßenmeisterei Bargteheide bzw. dem Land Schleswig-Holstein liegt, obliegt der Stadt Ahrensburg der Winterdienst der Nebenanlagen in der Lübecker Straße zwischen Mühlenredder und Einmündung Gartenholz sowie auf Höhe des Ortsteils Kremerberg im Bereich der Bushaltestellen. Der Mitarbeiter des Städtischen Bauhofes hat ungeachtet der anderen Zuständigkeit die Wegestrecke dazu genutzt, das Straßenschild unten zu lassen und so die Nebenanlagen größtenteils von Schnee befreit. Insofern sind die unterschiedlichen Leistungsqualitäten erklärbar.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer